



(Foto: GenLt. a.D.  
Heinrich Brauß)



(Foto: Dr. Ulrich Speck)

In einer Epoche der Ungewissheit wie der aktuellen sollte Deutschland sein Bekenntnis zur NATO erneuern, und zwar aus kühler Abwägung der eigenen Sicherheitsinteressen heraus. Russland bleibt auf Konfrontationskurs und China strebt nach Dominanz, während die Zukunft der NATO zunehmend auf dem Prüfstand steht. Für die Sicherheit und Einheit Europas ist das Nordatlantische Bündnis aber weiterhin zentral.

*Generalleutnant a.D. Heinrich Brauß war von 2013 bis 2018 Beigeordneter Generalsekretär der NATO für Verteidigungspolitik und Streitkräfteplanung. Heute ist er Senior Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und arbeitet zu den Themenschwerpunkten Entwicklung der NATO, europäische Sicherheit und Kooperation zwischen NATO und EU.*

*Dr. Ulrich Speck ist außenpolitischer Analyst in Berlin und Heidelberg sowie Senior Visiting Fellow beim German Marshall Fund in Berlin. Zuvor hat er u.a. für für Carnegie Europe in Brüssel und für die Transatlantische Akademie in Washington D.C. gearbeitet. Jahrelang hat er für die Neue Zürcher Zeitung die Kolumne „Specks Weltspiegel“ verfasst.*

## Weshalb Deutschland die NATO braucht

Wir erleben einen weltpolitischen Umbruch: Amerika sucht nach einer neuen globalen Rolle, China strebt nach Dominanz, Russland bleibt auf Konfrontationskurs. Und in den europäischen Hauptstädten wird überlegt, wie sich Europa in einer fragileren Welt mit verschärfter Konkurrenz und oft brutaler Machtpolitik behaupten kann. Wo es hingehet, weiß niemand genau, aber alle fürchten, auf der Seite der Verlierer zu enden. Als Folge dieser Unsicherheit werden überkommene Strategien ebenso auf

den Prüfstand gestellt wie internationale Institutionen und Bündnisse. Auch die Zukunft der NATO scheint ungewiss – angesichts eines amerikanischen Präsidenten, der wenig Wert auf das transatlantische Sicherheitsbündnis legt; angesichts eines französischen Präsidenten, der die NATO als “hirntot” bezeichnet hat; aber auch angesichts anderer NATO-Partner, die es mit den eingegangenen Verpflichtungen nicht so genau nehmen.

Wir meinen, dass Deutschland in dieser neuen Epoche der Ungewissheit sein Bekenntnis zur NATO ausdrücklich erneuern und initiativ werden sollte, um das Bündnis mit neuem Leben zu

erfüllen. Nicht aus Nostalgie, sondern aus kühler Einsicht in deutsche Sicherheitsinteressen, die in den wachsenden machtpolitischen Konkurrenzen immer deutlicher werden. Das Nordatlantische Bündnis ist für die Einheit und Sicherheit Europas vor allem angesichts des gewachsenen russischen Bedrohungspotentials auch weiterhin unentbehrlich. Zugleich trägt die NATO wesentlich dazu bei, Stabilität in jener Region zu sichern, die für Deutschland von kaum zu unterschätzender Bedeutung ist – im östlichen Europa. Die Mitgliedschaft im Bündnis gewährt den kleineren und mittleren Staaten der Region eine ähnliche Sicherheit und Stabilität, wie sie die NATO auch Westdeutschland in den Jahrzehnten des Kalten Kriegs verlieh: einen soliden Rahmen, um sich politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich in einer freiheitlichen Ordnung zu entfalten. Dafür ist die dauerhafte Allianz der Europäer mit den Vereinigten Staaten, also die NATO, unentbehrlich.

### **Wachsender Zweifel**

In den Jahrzehnten des Kalten Krieges gab die NATO dem Frontstaat Westdeutschland den Raum, sich zu einer stabilen Demokratie mit einer prosperierenden Sozialen Marktwirtschaft zu entwickeln. Als sich 1990 die Chance zur friedlichen Vereinigung bot, spielte die NATO eine Schlüsselrolle: als sicherheitspolitischer Rahmen, in den das größere Deutschland eingebettet wurde. Und in den folgenden Jahren schuf das transatlantische Bündnis die Grundlage dafür, dass Europa erneut zusammenwachsen konnte, durch die Aufnahme neuer Mitglieder und die Kooperation mit neuen Partnern im Osten.

Mit ihrem Engagement auf dem Balkan und in Afghanistan transformierte sich die NATO dann von einer Verteidigungsallianz zu einem Akteur im internationalen Krisenmanagement jenseits der Bündnisgrenzen. Doch als sich Russland entgegen der Hoffnungen und trotz aller Offer-ten des Westens wieder zur Macht mit expansiven Bestrebungen entwickelte, mit dem

Angriff auf die Ukraine 2014 — Besetzung der Krim und Intervention im Donbas —, verlegte sich das Bündnis wieder auf seine Kernfunktion, Abschreckung und Verteidigung, besonders auf Drängen der neuen Mitglieder im Osten, aber mit klarer Unterstützung aller anderen Europäer und der Vereinigten Staaten.

Dennoch sind in jüngster Zeit kritische Stimmen lauter geworden. Für nicht wenige ist die NATO trotz der russischen Aggression ein Anachronismus, der sich mit dem Ende des Kalten Kriegs überlebt habe. Andere zweifeln daran, ob Europa und Amerika noch genügend strategische Gemeinsamkeiten haben, um gemeinsam Sicherheit und Verteidigung zu organisieren.

Präsident Trump hat nach Auskunft seines ehemaligen Sicherheitsberaters John Bolton den Austritt der USA aus der NATO erwogen. Präsident Macron hat die Alleingänge der Vereinigten Staaten und die mit den Partnern nicht abgestimmten militärischen Aktivitäten der Türkei in Syrien kritisiert und die NATO deshalb für „hirtot“ erklärt. Der neu aufgebrochene Konflikt im östlichen Mittelmeer zwischen der Türkei und Griechenland, bei dem Frankreich Griechenland zu Hilfe eilte, hätte fast zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen NATO-Alliierten geführt. Zudem verlagert sich der Schwerpunkt globaler Sicherheitspolitik von Europa und dem Nahen Osten nach Asien. Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht, sein Anspruch auf regionale Dominanz und sein Streben nach weitreichendem, globalem Einfluss verändert die Sicherheitslage in Asien grundlegend – und zwingt die USA, sich neu zu positionieren und zu engagieren.

Die Frage nach der Zukunft der NATO wird damit dringlicher: Brauchen wir das Bündnis noch? Und wenn ja, in welcher Rolle? Die Antwort auf diese Frage kann heute nicht mehr von den USA erwartet werden. Amerika denkt heute, anders als im Kalten Krieg und in den 1990er Jahren, europäische Sicherheit nicht

mehr wie selbstverständlich mit. Europa muss für seine Sicherheit viel mehr selbst tun. Als zentrale Macht in Europa kann Deutschland nicht mehr einfach passiv im Strom schwimmen, es muss die Ziele und Instrumente seiner Sicherheitspolitik weit mehr als bisher selbst definieren und in die NATO einbringen.

## Die doppelte Aufgabe der NATO

Wir sind der Auffassung, dass Deutschland auch in Zukunft ein überragendes Interesse am Bestand und an der Fortentwicklung der NATO hat. Das transatlantische Bündnis sichert die Stabilität und den Zusammenhalt Europas, und es gibt Deutschland und seinen östlichen Nachbarn den Rückhalt, sich politisch frei zu entfalten und im Verhältnis mit Russland selbstbewusst auftreten zu können. Nur auf Grundlage leistungsfähiger Verteidigung und glaubwürdiger Abschreckung kann der Westen mit Russland über begrenzte Zusammenarbeit verhandeln, wobei die Abstimmung insbesondere mit den besonders exponierten Partnern in Ostmitteleuropa eine wesentliche Voraussetzung ist. Und erst wenn in Russland selbst Tauwetter einsetzt und sich das politische System grundlegend verändert, wird man über das beiderseitige Verhältnis neu nachdenken können.

Die gemeinsame Abschreckung in der NATO ist die Basis für Deutschlands politische Handlungsfreiheit und damit ein Kernelement deutscher Souveränität. Ohne die erweiterte nukleare Abschreckung, die Amerika für Europa und Deutschland im Rahmen der NATO bereitstellt, wäre Deutschland von Russland politisch erpressbar. Angesichts der offen konfrontativen Politik Moskaus, in der die Drohung mit Nuklearwaffen leider wieder wachsende Bedeutung hat, und angesichts der Tatsache, dass Russland wieder nahezu ganz Europa mit neuen, zielgenauen, nuklearfähigen Mittelstreckenwaffen bedrohen kann, gewinnt nukleare Abschreckung wieder erheblich an Relevanz für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland kann nur deshalb Russland

halbwegs auf Augenhöhe begegnen, etwa in der Ostukraine-Frage, weil es den Schutz der NATO und die Rückversicherung durch den von den USA bereitgestellten Nuklearschirm genießt.

Aus deutscher Sicht hat die NATO eine zweite wesentliche Bedeutung. Sie stabilisiert die mitteleuropäischen Länder östlich von Deutschland, indem sie ihnen Schutz vor dem russischen Machtanspruch gewährt. Ein revisionistisch gesinntes, auf imperiale Kontrolle seiner strategischen Nachbarschaft hin orientiertes Russland stößt auf die NATO-Außengrenze, die zugleich auch die EU-Außengrenze ist.

Den kleinen und mittleren Ländern der Region, die sich allein gegen russischen Druck nicht behaupten können, ermöglicht die Mitgliedschaft im Bündnis, sich politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich frei zu entfalten. Dadurch ist eine politische Stabilität entstanden, von der Deutschland selbst enorm profitiert, auch wirtschaftlich. Deutschlands ökonomische Verflechtung mit den mitteleuropäischen Nachbarn ist einer der Gründe für den wirtschaftlichen Boom in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt. Auch das ist aus deutscher Sicht eine Erfolgsgeschichte, zu der die NATO neben der EU entscheidend beigetragen hat und weiter beiträgt.

Ohne den Schutz der NATO drohte Mitteleuropa zum sicherheitspolitischen Niemandsland zu werden. Russland wären Tür und Tor geöffnet, um Unordnung zu stiften und Destabilisierungsoperationen zu unternehmen mit den erprobten Mitteln der "hybriden Kriegsführung": von Desinformation über Cyberangriffe bis hin zur Unterstützung angeblich pro-russischer Kräfte. Das Ringen um Einfluss und Vorherrschaft würde zur massiven Destabilisierung der Region führen, ebenso wie zu verzweifelten Gegenreaktionen von Ländern und Kräften, die zur Gegenwehr entschlossen wären.

Für den Erhalt von Sicherheit und Stabilität ist die Präsenz der USA unverzichtbar. Allein

Amerika wird von Russland als glaubwürdiger Gegenüber eingeschätzt, der bereit und fähig ist, Russland von Aggressionen abzuschrecken. Und nur die amerikanische Sicherheitsgarantie, eingebettet in das transatlantische Bündnis, wird in den Ländern östlich von Deutschland als Gewähr für ihre eigene Sicherheit und Unabhängigkeit wahrgenommen.

## Mehr Einsatz für die NATO

Wenn Deutschlands Interesse an der NATO so überragend ist, dann sollte sich Deutschland auch weitaus mehr als bisher für den Erhalt und die Fortentwicklung des Bündnisses einsetzen. Deutschland sollte eine führende Rolle in der NATO spielen. Seine östlichen und auch nördlichen Nachbarn würden ein stärkeres Engagement Deutschlands sehr begrüßen. Zugleich würde eine von Deutschland betriebene Stärkung der NATO auch diejenigen Stimmen in den USA unterstützen, die sich für ein langfristiges, erhebliches Engagement Amerikas in Europa einsetzen – und damit den Attacken Präsident Trumps auf das Bündnis den Boden entziehen.

Wer angesichts der heutigen strategischen Entwicklung die transatlantische Partnerschaft festigen will, muss sich für die Stärkung ihres europäischen Pfeilers einsetzen. Die Stärkung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten der NATO in Europa ist im Gange und hat große Fortschritte gemacht. Aber sie ist noch längst nicht vollendet. Ganze Fähigkeitsfelder, auf die vor allem die Europäer in den vergangenen 20 Jahren verzichtet haben, müssen jetzt wiederaufgebaut werden – etwa Flug- und Raketenabwehr, weitreichende, konventionelle Präzisionswaffen oder die Vorkehrungen für schnelle Verstärkung von Verbündeten in einer Randlage. Das Gleiche gilt für den Schutz gegen die ständig wachsende Cyber-Bedrohung. Hier ist die Dringlichkeit besonders groß. Gemeinsam mit Partnerländern wie Polen, aber auch mit Großbritannien, das in der Stabilisierung der "Ostflanke" der NATO sehr engagiert ist,

muss Deutschland die weitere Anpassung der Allianz an die grundlegend veränderte Sicherheitslandschaft aktiv mitgestalten.

All das sollte in vertiefter Partnerschaft von NATO und EU stattfinden. Die EU hat eine wichtige Aufgabe beim zivil-militärischen Krisenmanagement in Europas Nachbarschaft. Dazu muss ihre Handlungsfähigkeit gestärkt werden. Rolle und Fähigkeiten von NATO und EU müssen sich komplementär ergänzen. Europäische Sicherheit und Stabilität verlangt beides: Verteidigung und Krisenbewältigung.

Ein starker europäischer Pfeiler ist die Voraussetzung dafür, dass die transatlantische Partnerschaft auf Dauer funktioniert und die Lastenteilung auch von den USA als fair angesehen wird. Und er stärkt die gemeinsame sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der Europäer auch in der EU für den Fall, dass Amerika sich nicht engagiert, aber europäische Sicherheitsinteressen auf dem Spiel stehen. Deutschland hat hier eine besondere Bringschuld, weil es selbst in besonders hohem Maße vom transatlantischen Bündnis profitiert und weil es aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke und seiner zentralen Rolle in Europa besondere Verantwortung für europäische Sicherheit trägt.

Zudem muss sich die NATO neuen Herausforderungen öffnen. Ihre Funktion als ständiges Forum für die politischen Konsultation der Verbündeten über gemeinsame Sicherheitsfragen muss gestärkt werden. Globale Veränderungen erfordern verstärkte politische Abstimmung zwischen Nordamerikanern und Europäern im Bündnis – von der Instabilität in Europas südlicher Nachbarschaft über die Folgen des Klimawandels und die Auswirkungen der neuen technologischen Entwicklungen auf Verteidigung und die Entwicklung der Streitkräfte bis hin zu den Folgen des Aufstiegs Chinas und der strategischen Schwerpunktverlagerung Amerikas Richtung Fernost für die NATO selbst.

Die NATO ist also weder obsolet noch hirntot, sie hat in den vergangenen Jahren in der

Umstellung auf territoriale Verteidigung und Abschreckung ihre Lebendigkeit und Flexibilität bewiesen. Um jedoch auch in Zukunft ihre stabilisierende Rolle für Europa, insbesondere den Osten Europas, erfüllen zu können, muss sich das transatlantische Bündnis den geopolitischen Veränderungen anpassen. Dazu braucht es starke treibende Kräfte. Deutschland hat ein kaum zu überschätzendes Interesse an einer funktionierenden NATO. Dieses Interesse sollte mehr als bisher in aktive Strategien umgesetzt werden.

Führend gestalten kann jedoch nur, wer Substanz einbringt und zu seinen Worten steht. Deutschland sollte alles daransetzen, die von der deutschen Regierung eingegangenen Verpflichtungen zur Herstellung der vollen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr so schnell wie möglich zu erfüllen, deutlich schneller als bisher geplant. Deshalb muss der Verteidigungshaushalt trotz der Belastungen, die die Bewältigung der Corona-Pandemie erfordert, stetig weiter signifikant steigen – nicht um einem amerikanischen Präsidenten zu schmeicheln, sondern weil die Sicherheit und Stabilität Europas und daher Deutschlands eigene Sicherheit dies erfordern und weil die europäischen Partner sich darauf verlassen.

Eine solche Politik erfordert einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über Sicherheit und

Verteidigung, in dem Regierung und Parlament regelmäßig öffentlich Stellung beziehen. Die NATO ist in den vergangenen Jahren durch die deutsche Regierung zwar durchaus aktiv mitgestaltet worden. Aber dies geschah weitgehend in den Gremien in Brüssel hinter verschlossenen Türen. Äußere Sicherheit und Verteidigung sind in Deutschland Themen, die man öffentlich nicht gerne erörtern will. Das muss sich ändern. Angesichts der neuen geostrategischen Lage und der großen und wachsenden Herausforderungen an Deutschlands Sicherheit muss die Außen- und Sicherheitspolitik unseres Landes ein öffentliches Thema werden. Die Glaubwürdigkeit, Handlungsfähigkeit und Effektivität der NATO ist auch auf die politische und die gesellschaftliche Unterstützung in ihren Mitgliedsstaaten angewiesen. Eine Regierung, die die NATO für essentiell für Deutschlands Sicherheitsinteressen hält, muss dies deshalb auch immer wieder öffentlich sagen. Das ist zudem ein wesentliches Mittel, Vertrauen und Respekt unserer Verbündeten zu erhalten und ihnen gegenüber unsere Solidarität zu zeigen – gerade denjenigen in unserer östlichen Nachbarschaft, die sich durch Veränderungen in Russland besonders bedroht sehen.

## Bisher erschienen:

**GSP-Einblick 1/2020, März:** „Dr. Hans-Peter Bartels im GSP-Interview“ von Prof. Dr. Johannes Varwick

**GSP-Einblick 2/2020, April:** „Afrika und die Corona-Krise“ von Prof. Dr. Robert Kappel

**GSP-Einblick 3/2020, Mai:** „Die Corona-Krise und die globale Ordnung“ von Dr. Ulrich Speck

**GSP-Einblick 4/2020, Mai:** „Die Corona-Virus-Krise als kritischer Wendepunkt für die Welt und die Ukraine“ von Pavlo Klimkin und Dr. Andreas Umland

**GSP-Einblick 5/2020, Mai:** „Die neue nukleare Frage – eine Antwort auf Rolf Mützenich“ von Prof. Dr. Joachim Krause

**GSP-Einblick 6/2020, Mai:** „Nichtverbreitung von ABC-Waffen: Die Tiefe Krise des Multilateralismus“ von Dr. Oliver Thränert

**GSP-Einblick 7/2020, Juni:** „Weltordnung, Pandemien und Sicherheitspolitik“ von Prof. Dr. Johannes Varwick

**GSP-Einblick 8/2020, Juni:** „Der Aufstieg Chinas – Konsequenzen für die Sicherheitspolitik“ von Christiane Heidbrink, M.A.

**GSP-Einblick 9/2020, Juli:** „Frühling der Autokraten“ von Dr. Ulrich Speck

**GSP-Einblick 10/2020, Oktober:** „„Out-of-area“-Einsätze der Bundeswehr und die deutsche Verfassungsordnung“ von Roger Näbig

**GSP-Einblick 11/2020, Oktober:** „Weshalb Deutschland die NATO braucht“ von Dr. Ulrich Speck und Generalleutnant a.D. Heinrich Brauß



Bitte beachten Sie auch unseren [YouTube-Kanal](#).

Die **GSP** ist die **älteste** und **größte sicherheitspolitische Vereinigung Deutschlands** und bundesweit sowie in vielen Schichten der Gesellschaft präsent. Mit über **6000 Mitgliedern** in sieben Landesbereichen und über **70 Sektionen** diskutieren und vermitteln wir **Sicherheitspolitik** deutschlandweit – **gehaltvoll, sachkundig, parteiunabhängig, ideologiefrei, bunt** und mit **Herzblut**.

Präsident der GSP und presserechtlich verantwortlich ist Prof. Dr. Johannes Varwick; Redaktion: Fabian Schlüter B.A.

## GSP-Einblick\* ISSN 2701-4088

Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

Geschäftsstelle Bonn

Wenzelgasse 42

53111 Bonn

T +49 (0)228 652556

geschaefsstelle@gsp-sipo.de

Berliner Büro

Reichstagufer 14

10117 Berlin

praesidenten-buero@gsp-sipo.de



[www.gsp-sipo.de/wir-ueber-uns/newsletter](http://www.gsp-sipo.de/wir-ueber-uns/newsletter)



[www.gsp-sipo.de](http://www.gsp-sipo.de)



[www.twitter.com/gsp-sipo](https://www.twitter.com/gsp-sipo)



[www.facebook.com/GSPSipo](https://www.facebook.com/GSPSipo)